



Osman Engin
Die Coronachroniken

Die Corona-Klage

Als ich mit den Mülltüten die Treppen nach unten laufe – selbst in dieser Coronazeit zwingt mich meiner Frau Eminanim, den Müll runterzutragen –, schnauft mir unser Hausmeister Krummsack derart stark ins Gesicht, dass er alle seine Covid-19-Viren mit Sicherheit bei mir abgeladen hat.

„Mensch, passen Sie doch auf! Sie haben mich brutal angesteckt!“, brülle ich panisch und bekomme auf der Stelle alle möglichen Krankheitssymptome.

„Sie spinnen ja wohl. Verklagen Sie mich doch“, schnauft er erneut, und stampft weiter die Treppen rauf.

„Gut! Sie haben es so gewollt! Wir sehen uns vor Gericht, Sie Virenschleuder!“, rufe ich ihm böse hinterher und laufe mit den Mülltüten in der Hand direkt zu meinem Anwalt.

„Kein Problem, Herr Engin. Wir machen den Kerl fertig“, meint er siegessicher und fordert von Herrn Krummsack 2.000 Euro Schmerzensgeld wegen absichtlicher Corona-Ansteckung.

Zwei Tage später bekommen wir von seinem Anwalt die Antwort, dass von einer Ansteckung keine Rede sein kann, von einer Absicht schon gar nicht, von Corona sowieso nicht. Sein Mandant wüsste nicht mal, wie man schnauft.

Detailliert schildern wir den genauen Tathergang und nennen meine Frau als Zeugin, die leider Krummsacks höllisch lautes Schnaufen genau um 13.45 Uhr mit anhören musste.

Sofort versucht Krummsacks Anwalt, die Glaubwürdigkeit meiner Zeugin zu erschüttern, indem er Krummsacks Frau eidesstattlich schwören lässt, dass sie meine Frau zur Tatzeit im Supermarkt beobachtet hätte, wie sie in der Obstabteilung haufenweise rote Trauben genascht hat, ohne dafür zu bezahlen.

Meine Frau Eminanim schimpft, das geschehe mir recht, weil ich sie ohne ihr Wissen als Zeugin angebe. Frau Krummsack hätte nämlich völlig recht, sie hätte tatsächlich ein paar rote Trauben genascht, weil sie böse unterzuckert war.

Wir schreiben an Krummsacks Anwalt, dass Frau Krummsack wohl die Uhr nicht lesen kann. Der wiederum behauptet, er hätte vom Supermarkt die Aufnahmen der Beobachtungskameras bekommen und darauf sei deutlich zu sehen, dass meine Frau um 13.45 Uhr ein Kilo rote Trauben geklaut und hinter der Käsetheke heimlich verputzt hätte.

Mein Anwalt erklärt sich bereit, vor Gericht auch meine Frau zu verteidigen und schreibt an den Anwalt des Kaufhauses, dass 1.000 Euro Strafe und drei Jahre Hausverbot für ein Kilo Trauben zu hoch seien.

„Osman, diese 1.000 Euro bezahlst du“, schimpft meine Frau Eminanim.

„Dafür müsste ich erst von Krummsack die 2.000 Euro Schmerzensgeld wegen absichtlicher Corona-Ansteckung kriegen“, sage ich.

„Daraus wird nichts mehr, Herr Engin“, meint mein Anwalt resigniert. „Die 10 Tage Inkubationszeit für Corona sind bereits abgelaufen und Sie sind immer noch fit wie ein Turnschuh.“

Osman Engin ist Satiriker in Bremen. Zu hören gibt es seine Kolumnen unter https://wortart.lnk.to/Osman_Corona. Sein Longseller ist der Krimi „Tote essen keinen Döner“ (dvtv).

Hat seinen Stammparkplatz in Thedinghausen: Der blaue Lkw, den die AfD nutzte
Foto: issso media

Eine rechte Adresse

Eine Werbefirma, die nicht für sich wirbt und ein Briefkasten statt einer Kanzlei: Was ein AfD-Abgeordneter und eine Anwältin auf einem Hof in Thedinghausen treiben, wirft Fragen auf

Von **Andreas Speit** und **Andrea Röpké**

Ein Schraubendreher steht für sein Hobby. Philipp Christopher Emden ist ein leidenschaftlicher Oldtimersammler und Oldtimerschrauber, wie er gern bekennt. Im niedersächsischen Thedinghausen unterhält er ein Mietshaus mit Halle. Moderne, oft aufgemotzte Schlitten sind hinter den Rolltoren zu sehen, die von Männern eilig geöffnet und wieder geschlossen werden.

Der niedersächsische AfD-Landtagsabgeordnete schraubt in der Halle aber wohl nicht bloß an besonderen Fahrzeugen, die über 30 Jahre alt sind. Das ehemalige Bäckereigelände ist auch Firmensitz von „mobilepower UG“. Emden ist Geschäftsführer der Unternehmersgesellschaft. Und das wirft die Frage auf, ob er Nebentätigkeiten und damit Einkünfte hat, die er dem Landtag melden müsste.

Die „mobilepower UG“ bietet „Werbefahrten und Plakatwagen, Vermietungen von Plakatwagen bzw. weiteren werbewirksamen einsetzbaren Kraftfahrzeugen und Anhängern“. Die Firma an der Syker Straße möchte, laut der Handelsregisterbekanntmachung,

Kunden auch bei der „Bestückung von Haushalten mit Flyern“ helfen sowie „hinsichtlich Marketingstrategie und Werbemaßnahmen“ beraten.

Auffallend: für eine Werbefirma macht das Unternehmen kaum eigene Werbung. Im Netz finden sich unter „mobilepower UG“ allein Anschrift und Kurzbeschreibung. Eine eigene Website mit Referenzen von Firmen und Kunden hat das Unternehmen nicht.

Einen Kunden scheint Emden aber zu haben: die eigene Partei. In Niedersachsen nutzte die AfD den blauen Lkw mit Verdener Kennzeichen und Plakataufsteller auf der Ladefläche, um gegen die staatlichen Pandemiemaßnahmen zu protestieren. Der Wagen fuhr mit Botschaften durchs Land wie „Schluss mit der Corona-Panik!“ und „Ich zeige Gesicht. Die Corona-Diktatur muss beendet werden! Für die Freiheit der Bürger in unserem Land!“. Der AfD-Bundestagsabgeordnete und -Landesvorsitzende Jens Kestner ist abgebildet, wie er eine Maske vom Gesicht nimmt und lächelt.

Über Wochen lief diese Kampagne Ende vergangenen Jahres. Die AfD flankierte die Ak-

tion mit Flyern. Dabei nahm auch Emden die Maske ab und verbreitet die Botschaft von der Panikmache und Diktatur.

Im niedersächsischen Landtag und in der Partei selbst fällt Emden wenig mit starkem Engagement oder radikaler Rhetorik auf. Der ehemalige Richter am Amtsgericht Norden ist aber auch bei Nachfragen wortkarg. Über die Beziehung von

Eine eigene Website mit Referenzen von Firmen und Kunden hat das Unternehmen nicht

„mobilepower UG“ und der AfD gibt er der taz in einer gesetzten Frist keine Auskunft. Er lässt damit unbeantwortet, ob ein Vertrag zu einer AfD-Gliederung besteht, ob die Firma sich für den Auftrag bewarb oder ob die Fahrzeuge auch beim Bundestagswahlkampf genutzt wurden.

Ebenso lässt er offen, inwieweit die Tätigkeit als Geschäftsführer beim Landtag gemeldet

ist. Auf dem Abgeordnetenportal finden sich bei ihm keine Hinweise auf eine Nebentätigkeit. Dem Landtag müssen Einkünfte „für jede einzelne Tätigkeit angezeigt werden, sofern sie mehr als 1.000 Euro in einem Monat oder mehr als 10.000 Euro im Jahr betragen“.

Die Adresse von Emdens Firma in Thedinghausen wirft aber noch mehr Fragen auf, denn auch die Rechtsanwältin Kathrin Baake nutzt sie. Baake vertritt die AfD juristisch, moderiert Veranstaltungen und managt Parteitage wie den in Bremen mit. In einem Verfahren vertrat sie die AfD gegen die niedersächsische Landesregierung und gab die Anschrift in der Syker Straße an.

Eine Kanzlei besteht dort allerdings nicht. Das verwundert nicht nur den Postboten. Nur ein Briefkasten mit „Kanzlei Baake GoRight“ hängt an einer Außenwand. Als Festnetznummer ihrer Kanzlei gibt die Anwältin eine Nummer in Oyten an. Dort wohnen Emden und Baake. Bei der Rechtsanwaltskammer Celle wird auf die seit 1987 bestehende Kanzleipflicht verwiesen. Der taz wollte Baake nicht sagen, wo sich ihre befindet.



nachrichten

Bauarbeiten für Fehmarnbelt-Tunnel können beginnen

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) hat den Weg frei gemacht für den Beginn erster Bauarbeiten für die Feste Fehmarnbelt-Querung. In zweiter Instanz wurde am Freitag entschieden, dass für den Bau des geplanten Ostseetunnels benötigte Grundstücke im Bereich des Fährhafens von Puttgarden vorzeitig an die Vorhabenträger hatten übertragen werden dürfen. Dies teilte das Gericht am Dienstag mit. Eigentümer der betroffenen Grundstücke sind die Reederei Scandlines Deutschland GmbH und die Scandlines Bordershop Puttgarden GmbH. Der Beschluss ist unanfechtbar. Die Unternehmen hatten gegen die sogenannte Besitzzeiweisung des schleswig-holsteinischen Innenministeriums vor dem Verwaltungsgericht geklagt und recht bekommen. Gegen diese Entscheidung haben das Ministerium und der dänische Vorhabenträger Femern Bælt A/S Beschwerde

beim OVG eingelegt. Unterdessen laufen auf Fehmarn seit dem Frühjahr vorbereitende Arbeiten zwischen Deutschland und Dänemark. Der rund 18 Kilometer lange Tunnel soll voraussichtlich 2029 in Betrieb gehen. (dpa)

Neues Schutzkonzept gegen sexualisierte Gewalt

Niedersachsens größte Einrichtung für behinderte Menschen, die Diakonie Himmelsthür mit Sitz in Hildesheim, hat ein Schutzkonzept gegen sexualisierte Gewalt entwickelt. Der Leitfaden soll eine Orientierungshilfe für alle in der Einrichtung lebenden und arbeitenden Menschen bieten, wie die Einrichtung am Dienstag mitteilte. Zudem werden in dem Unternehmen fünf Anlaufstellen zum Thema sexualisierte Gewalt geschaffen. Bei dem Schutzkonzept gehe es darum, möglichen Übergriffen von Mitarbeitenden auf Bewohner:innen sowie von Beschäftigten und Bewohner:innen untereinander vor-

zubeugen, erläuterte Sprecherin Ute Quednow. In der Vergangenheit sei es vereinzelt zu solchen Übergriffen gekommen. Das Konzept wurde in einer Auflage von 3.000 Stück gedruckt. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, gibt es auch eine Version in Leichter Sprache. (epd)

Justizministerium geht gegen Osnabrücker Ermittlungen vor

Das Bundesjustizministerium unter der noch amtierenden Ministerin Christine Lambrecht (SPD) geht gegen die Osnabrücker Staatsanwaltschaft vor. Das Ministerium hat einem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* zufolge am Montag eine Beschwerde an das Amtsgericht Osnabrück geschickt. Das Ministerium hält die drei Wochen zurückliegende Durchsuchung in seinem Haus für illegal. Die Osnabrücker Staatsanwaltschaft hatte damals das Justiz- und das Finanzministerium wegen Vorwürfen gegen Beamten:

der Zoll-Spezialeinheit „Financial Intelligence Unit“ durchsuchen lassen. Weil ihr Leiter CDU-Mitglied ist, warf die SPD der Osnabrücker Staatsanwaltschaft ein politisch motiviertes Handeln bei der Durchsuchung vor. Auch das Justizministerium betont in seiner Beschwerde, dass eine Durchsuchung unverhältnismäßig gewesen sei, da es kooperativ bei den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft geholfen hätte. (taz)

Stadt Gifhorn kauft das Mühlenmuseum

Das Wahrzeichen von Gifhorn – das Mühlenmuseum samt dem sogenannten Glockenpalast – wird von der Stadt gekauft. Der Gifhorer Stadtrat habe am Montag mehrheitlich für den Kauf des Areals gestimmt, sagte eine Sprecherin der Stadt am Dienstag. Kostenpunkt: rund 2,6 Millionen Euro, wobei der Preis wegen einer Kreditrückzahlung effektiv rund 2,32 Millionen Euro beträgt. Die Stadt wolle das Museum

nun mit neuen Konzepten erhalten und weiterentwickeln. (dpa)

Hapag Lloyd steigt beim Containerhafen Wilhelmshaven ein

Die Reederei Hapag Lloyd steigt beim Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven ein. Das Unternehmen werde sich mit 30 Prozent am Container-Terminal Wilhelmshaven (CTW) und mit 50 Prozent am Rail-Terminal Wilhelmshaven (RTW) beteiligen, teilte Hapag Lloyd am Dienstag mit. Der Terminalbetreiber Eurogate halte die verbleibenden Anteile. Zum Kaufpreis sei Schweigen vereinbart worden. Weil die Genehmigung der Kartellbehörde benötigt werde, werde der Abschluss in einigen Monaten erwartet. Der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies (SPD), Aufsichtsrat beim Jade-Weser-Port, nannte den Einstieg der Hamburger Reederei eine „gewaltige Chance“. Damit eröffne sich die Perspektive, ab 2023 auf den Weg zu den angepeilten Umschlagsvolumina zu kommen. (dpa)